

Aachener Friedenspreisträger 2008



Interview mit Prof. Dr. Andreas Buro

Aachener Nachrichten, 15.4.2008

Aachen. Die Bundeswehr ist längst keine Verteidigungsarmee mehr, deren Einsatzgebiet sich auf Deutschland beschränkt. Seit Mitte der 90er Jahre ist sie – mit Mandaten der Vereinten Nationen, im Rahmen der Nato oder der EU – auch im Ausland aktiv: Afghanistan, Kosovo, Kongo oder der Libanon sind nur einige der jüngsten Einsatzgebiete, in denen die Bundeswehr zur Friedensschaffung oder Friedenswahrung aktiv war oder ist. Dass solche Einsätze erfolgreich sein können, bezweifelt Andreas Buro. Der 79-Jährige ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie. In den 60er Jahren war er Mitinitiator der Ostermarsch-Bewegung und später Professor für internationale Politik an der Universität in Frankfurt/Main. Mit unserem Redaktionsmitglied Christian Rein sprach er über Alternativen zu Militäreinsätzen.

Herr Buro, Sie lehnen Militäreinsätze ab und setzen sich für zivile Konfliktbearbeitung ein. Was muss man sich darunter vorstellen?

Buro: Prinzipiell geht es darum, Konflikte mit den Mitteln des Dialogs, mit Diplomatie und humanitärer oder technischer Hilfe zu lösen. Vertrauen bildende – auch einseitige – Schritte, Kooperation statt Konfrontation sind erforderlich.

Was heißt das konkret?

Buro: Jeder Konflikt muss zunächst für sich analysiert werden. Die ‚Kooperation für den Frieden‘ macht das gerade in ihrem Monitoring-Projekt, das auf zivile Konfliktbearbeitung und auf Prävention gegen Gewalt und Krieg ausgerichtet ist.

Nehmen wir zum Beispiel Afghanistan.

Buro: Für Afghanistan habe ich den Vorschlag gemacht, dass die Bundesrepublik ankündigt, ihre Truppen binnen eines bestimmten Zeitraumes – etwa eines Jahres – abzuziehen. Bis dahin wird die Bundeswehr an keinen militärischen Aktionen – außer zur eigenen Verteidigung – teilnehmen.

Und dann? Bleiben die Menschen sich selbst überlassen?

Buro: Natürlich nicht! Die eingesparten Militärmittel werden eingesetzt, um in diesem Land Entwicklung herbeizuführen, also Schulen, Straßen, Krankenstationen oder Produktionsstätten zu bauen. Und zwar so, dass alle Parteien – auch den Taliban nahestehende Akteure – sich beteiligen können und ein Vetorecht haben. So soll erreicht werden, dass die verschiedenen Gruppen miteinander in einen Dialog über eine für sie sinnvolle Ausgestaltung ihrer Gesellschaft kommen. Mit dieser Neuorientierung würde auch die Möglichkeit einer Exitstrategie eröffnet.

Ist das nicht eine zähe Angelegenheit?

Buro: Ist das Militärische nicht auch eine zähe Angelegenheit, wenn die Politik uns voraussagt, dass wir noch zehn Jahre mit unbestimmter Perspektive dort bleiben müssen? Frieden zu schaffen, braucht seine Zeit und Afghanistan braucht viel Zeit für seinen sicher noch sehr langen Marsch in die Moderne.

Derzeit sorgen weltweite Proteste gegen Chinas Vorgehen in Tibet für Aufsehen. China betrachtet den Konflikt als innere Angelegenheit.

Buro: Trotzdem gibt es auch hier die Möglichkeit, Position zu beziehen. Zumal es auch in diesem Konflikt eine wichtige Argumentationsgrundlage gibt.

Nämlich?

Buro: Der Dalai Lama erhebt nicht den Anspruch, dass Tibet von China unabhängig werden soll. Ferner hat bisher keine westliche Regierung und kaum eine andere Tibet als eigenständigen Staat anerkannt. Es kann also nur um Autonomie innerhalb Tibets gehen, und die ist 1951 in einem Vertrag zwischen den Regierungen in Lhasa und Peking festgelegt worden. 1954 haben der Dalai Lama und Mao Tse Tung auf dieser Basis miteinander gesprochen. Dieser Vertrag ist jedoch von der chinesischen Seite nicht eingehalten worden. Das ist der Kernpunkt des Konfliktes.

Was könnte die Bundesregierung tun? Wie sollte sie sich verhalten?

Buro: Sie muss auf diesem Vertrag bestehen, ihn möglichst bekannt machen und damit auch die Unklarheiten der Argumentationen ausräumen. Den Tibetern würde ich raten, dass sie, wie es auch der Dalai Lama fordert, auf Gewalt verzichten. Das war auch in der Vergangenheit nicht immer selbstverständlich. Man darf da kein Schwarz-Weiß-Bild malen. Die Bundesregierung sollte immer wieder deutlich machen: Dieser Konflikt muss gewaltfrei ausgetragen werden _ von beiden Seiten. Es ist eine politische Problematik, die politisch zu bearbeiten ist. Peking sind einseitige Schritte zur Deeskalation des Konflikts zu empfehlen.

Sind Sie der Meinung, dass die Olympischen Spiele boykottiert werden sollten?

Buro: Dafür bin ich nicht, denn die Olympischen Spiele sind eine Möglichkeit des Austausches. Natürlich ist vieles dabei auch internationaler Rummel, aber trotzdem sind die Spiele ein wichtiges Element des Dialogs der Gesellschaften.

Also einfach nach Peking fahren und so tun, als ob nichts wäre?

Buro: Nein. Was ich gut fände, wäre, wenn die Athletinnen und Athleten mit einem bestimmten Zeichen in diese Spiele gehen würden. Da gab es etwa den Vorschlag, man solle doch orangefarbene Kleider anziehen. Ich meine, man könnte sich das auch dezenter, aber doch deutlich vorstellen. Das heißt: Hier wäre eine gewaltfreie demonstrative Aktion sinnvoll, die durchgehalten wird, aber nicht provokativ ist. Das fände ich sehr angemessen und gut.